



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 47

Von dem Verleger Johann ...
Hamburg, den 23. November 1918

Hamburg, den 23. November 1918

Preis ...
32. Jahrg.

32. Jahrg.

An unsere heimkehrenden Kollegen!

Wie einem gewaltigen Naturereignis bracht die Revolution über Europa hinweg. Nur schwerlich erschüttert wird gegenwärtig Deutschland, dessen Bevölkerung dem Kriege die größten Opfer bringen mußte. Befestigt der wilde Sturm das bisherige Regierungssystem und die Herrschaft des unbeschränkten Kapitalismus — die Hauptursachen auch des unseligen Weltkrieges — und bringt er uns den heißsehnten Frieden, so wird wiederum vieles wieder gutgemacht, was wir in den letzten vier Jahren an seelischen und körperlichen Leiden über uns ergehen lassen mußten.

Mit der Hoffnung, daß die große Volkserhebung, die wir alle jetzt erleben, glücklich zu Ende geführt werden kann, daß von nun an Frieden, Recht und Freiheit triumphierten, verbindet sich indes die Sorge, ob all unsere Arbeitssünder und Berufskollegen den so geschaffenen Zustand genügend würdigen und dazu beitragen werden, daß wir seine Früchte voll genießen können. Noch sind nicht alle Gefahren beseitigt. Die blühliche, freie Herrschaft und Jahrhunderte ausgeübter Vorrechte verdrängen Mächte, erheben im Stillen den Jähwut, an dem sie den Organismus aufrechten können. Der alte ruhige Bestand können, wenn Kopflosigkeit und Unruhe in die Reihen des Volkes läme oder wenn Gleichgültigkeit gegenüber dem organisatorischen Zusammenschluß der verschiedensten Teile des Volkes eintritt, hervorgerufen durch den Wahn, die neuen Verhältnisse machen die bisher unternommene soziale Arbeit, insbesondere unserer Gewerkschaften, überflüssig.

Auch wenn — was wir wünschen — die Revolution heutzutage bleibt, wenn die Demokratie unser Staatswesen von Grund aus dauernd beherrscht und die breiten Volksklassen durch wirksame soziale Reformen in kürzester Zeit zu höchster Kultur emporgehoben werden, so bleibt doch auch im Rahmen dieses Zustandes innerhalb der einzelnen Gesellschaftsschichten und Berufsgruppen noch viel, sehr viel sogar, zu tun übrig. Gerade in der Freiheit der hoffentlich kommenden besseren Zeit werden unsere Gewerkschaften und wird unser Verband sich erst richtig und erfolgreicher betätigen können als bisher.

Wichtigere Aufgaben als jemals treten in diesen Tagen schneller und gebieterischer an uns heran, als wir vor wenig Wochen ahnen konnten.

Wir hatten geglaubt, die Auflösung unserer Millionenheere und das Zurückströmen der Millionen Kriegsteilnehmer werde sich nach einem wohlüberlegten Plane regeln lassen, so daß nicht Arbeitslosigkeit und Erschütterungen unserer wirtschaftlichen Organisationen die soziale Wohlfahrt der heimkehrenden Krieger bedrohen würden. Fast scheint es aber, als ginge die Abwanderung von den Fronten nicht überall in geordneter Weise vor sich, oder als müsse die Demobilisierung zu schnell vorgenommen werden, so daß schlimme Folgen kaum abzuwehren sein werden.

Unter solchen Verhältnissen können unsere Gewerkschaften außerordentlich nützliche Arbeit für die Allgemeinheit und für jedes einzelne ihrer Mitglieder leisten, so bei der Regelung der Arbeitsvermittlung, der Arbeitslosenfürsorge, der Wiedereinführung und Verbesserung des Arbeiterlohnes, bei der Lösung der Wohnungs- und Ernährungsfrage, vor allem aber auch bei der Regelung der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse. Auf all diesen und vielen weiteren wirtschaftlichen und sozialen Gebieten sind tiefgehende Eingriffe nötig, soll unseren Interessen auch unter den Verhältnissen der neuen Zeit genügt werden.

Unter Verband hat während des Krieges weit mehr geleistet, als die Zahl unserer Kollegen zu erkennen vermag. Viel umfangreichere Tätigkeit wartet seiner aber in den kommenden Wochen und Monaten. Er wird den

Arbeitslosen und Kranken eine Stütze sein und am Aufbau und Ausbau des Wirtschaftslebens, insbesondere unseres Gewerbes, regen Anteil nehmen und den Kollegen zu günstigen Existenzverhältnissen verhelfen auf der Grundlage unseres Reichsstaatsvertrages, der die Widernis des Krieges befaßte und durch vier vereinbarte Teuerungszulagen von durchschnittlich etwa 70 % Lohnhöhung ergänzt worden ist.

Wir dürfen von unserer Tätigkeit jedoch nur Erfolge erwarten, wenn wir uns auf die große Mehrzahl der Berufskollegen stützen können und wenn alle Kriegsteilnehmer bei ihrer nunmehr in

Kollegen!

Das Alte stirbt! In Sturmgebräus wogen die Wellen einer neuen Zeit durch die Lande. Stolz und Wohlgefühl muß unser Verbandslohn durch die anbräusende Flut ziehen. Durch die aufopferungsvolle Mitarbeit einer nur kleinen Schar treuer Kollegen hat es sich in dieser harten, schweren, leidensvollen Kriegszeit aufrecht und kampffähig erhalten. Nun stürmt herbei, ihr noch Außenstehenden, wie auch unsere aus dem Felde zurückkehrenden alten braven Mitglieder sich bestimmt wieder sofort in Reih und Glied stellen werden. Kein Kollege darf heute mehr unserm Verbands fernsehen! Mit Stolz und froher Zuversicht muß jeder Berufsgenosse eingedenk der großen Zeit sagen können:

Ich bin dabei!

größerem Maße einsehenden Entlassung sich sofort wieder in ihrer Filiale oder bei der Hauptverwaltung anmelden.

In diesem Falle bleibt ihnen nicht nur ihre frühere Mitgliedschaft erhalten, sondern sie bekommen auch noch bis zu zwei Jahren ihre Militärzeit als Mitgliedszeit hinzugeschrieben. Hierdurch werden die Ansprüche der Kollegen an die Organisation erheblich gesteigert.

Darum veräume kein Kollege, sich unmittelbar nach seiner Entlassung anzumelden. **Nur durch fortlaufende Beitragszahlung werden die früheren Mitgliedsrechte erhalten und der Organisation die Mittel zugeführt, die sie angesichts der zu erwartenden erheblichen Aufwendungen bei Friedensschluß und in den kommenden Zeiten dringend braucht.**

Trage jeder zu seinem Teile dazu bei, daß die gegenwärtige bedeutsame Zeit von all unsern Kollegen richtig erfasst und unserm Verbands nutzbar gemacht werde.

Kein Kollege bleibe fern, jeder erfülle seine Pflicht!

Der Verbandsvorstand.

Die Revolution in Deutschland.

Oben haben wir die Schwelle einer neuen Zeit überschritten. Den Beginn einer neuen Zeitepoche kündigte uns das Vorgehen der Kieler Matrosen an. Nur eine im Verhältnis zur Heeres- und Meeresmacht kleine Gruppe hat den Schritt gewagt und erreicht, daß die deutschen Lande in Flammen stehen. Die Flamme der Revolution hat schnell das ganze deutsche Volk ergriffen. Ueberraschend schnell haben wir den Sieg über die alte Gewalt, die morsch und stöckig in ihrem Kern war, die nur durch Brutalitäten sich aufrechterhalten konnte, davon getragen. Das rote Banner, das Banner der Freiheit, des Friedens und der Volkserhebung ist über Deutschland gehst. Je nach ihrem Ver-

halten wurden die bisherigen Machthaber von ihrem Posten entronn.

Nun ist die Militärpolitik, nun ist die Pension, sind alle jene Bestimmungen gefallen, die das persönliche Wollen einschranken, die dem ganzen öffentlichen Leben den Charakter der Unfreiheit, des Gebundenseins verliehen. Alles ist mit einem Schlage anders geworden. Jahrhunderte lange Knechtschaft ist abgeworfen. Die Ideale des Sozialismus, für die die Klassenbewußten und überzeugten Arbeiter jahrzehntelang mit allabendlichem Opfer und glühender Hingabe und Begeisterung kämpften, jene Ideale, die von den herrschenden Klassen so sehr gehaßt und ihren Verbreitern jahrelange Freiheitsstrafen, Gefängnisstrafen, Hunger und Elend kosteten, harren ihrer Erfüllung. Die Worte Ferdinand Freiligraths im Gedicht „Von unten auf“: „Wir sind die Kraft, wir hängen unsern Jung das alte morsche Ding, den Staat, die wir von Gottes Boten sind bis jetzt das Proletariat“, sind in Erfüllung gegangen. Der Kampf des Volkes gegen Unterdrückung und Ausbeutung hat die Kraft entwickelt, endlich neue Zustände zu schaffen.

Es ist gelungen. Wir, die Träger der Kultur sind jetzt zur Herrschaft im Staat gelangt, wir müssen jetzt gestalten und neu aufbauen auf dem Trümmerfeld, das uns der Orkanwahn der herrschenden Klassen hinterlassen hat. Mit dem Herrschen allein ist es aber nicht getan. Wir müssen mit allen Kräften arbeiten — aufbauen, vor allem aber unsere junge Macht erhalten. Ingeborg sind die Kräfte am Werk, eine Gegenrevolution zu inszenieren; um unsere Erfolge null und nichtig zu machen. Das darf nie geschehen, weil es gleichbedeutend wäre mit dem Zurücktreten in die alte Nacht und Finsternis der militärischen Diktatur. Darum müssen wir wachsam sein; merken wir etwas, muß sofort Meldung erstattet werden, man muß selbst eingreifen, um im Keime die Gefahr zu ersticken, die jeder Freiheit von reaktionären Elementen droht.

Jedes Mittel muß angewandt werden, um die Konterrevolutionen sofort zu unterdrücken und die Schuldigen dem Volksgericht auszuliefern. Sei es, daß wir die Diktatur des Proletariats proklamieren müßten, um über die ersten Anschläge der Reaktion hinwegzukommen. Wir befinden uns erst im Anfang der Entwicklung. Das Erbe, das wir antreten, erfordert alle unsere Latkraft, um unsere Hoffnungen auf Bessergestaltung, auf halbige Hebung der Wunden, die der Krieg dem Wirtschaftsleben schlug, nicht zuschanden werden zu lassen.

Schwerer Kampf wird es bedürfen, um die Reaktion, die in allen Formen in die Erscheinung treten wird, und ihre Wirksamkeit in Haus, Betrieb, Kirche, Schule, Presse und Theater, allüberall einzufalten wird, niederzuhalten. Um den Kampf gegen die Geister der Reaktion erfolgreich durchzuführen, um uns nicht um die Früchte des Sieges zu betriegen, ist es nötig, daß jeder Arbeiter, jede Arbeiterin selbst Obacht gibt, daß auch unsere Jugend zur Wachsamkeit in der Schule, dem Lehrpersonal gegenüber aufgehalten wird, um durchzugehen, was wir seit langem ersehnt, erstrebt und erklämpft haben.

Die Hauptsache, den Anfang zur Bildung einer neuen Staatsform hat das arbeitende Volk gemacht. Es ist nun der Träger der politischen Macht im Staate, weil es die Mittel zur Ausübung derselben hat. Die behördlichen Apparate, die Polizeigewalt, ja das ganze Militär hat es in Händen. Nun gilt es, in unserm Sinne umzubauen, umzugestalten und anzunehmen.

Eine Republik mit kapitalistischer Ausbeutung ist nur halbe Freiheit des Volkes; wir müssen das Glück des Volkes vollenden, das Wirtschaftssystem des Kapitalismus in ein sozialistisches umgestalten. Dazu bedarf es der Mitarbeit aller Arbeiter und Arbeiterinnen.

Unsere Hoffnung setzen wir dabei auf die schon stets kampfbereite, klassenbewusste, gewerkschaftlich, genossenschaftlich und politisch tätige Arbeiterschaft. Es schlummert unendlich viel Energie und Latkraft, verbunden mit Schaffenslust, in den Gehirnen und Fäusten der arbeitenden Klassen. Kein Kollege darf mehr unserer Organisation fernsehen! Einig und geschlossen muß unser Verband in diesen Schicksalsstunden der neuen Zeit in den Reihen des aufgestandenen Volkes stehen! Weht die Energie, spannt die Latkraft und fördert die Schaffenslust, indem Ihr Euch alle für das eine Ziel: Befreiung der Menschheit vom Foch der Not und des Elends einsetzt, für den Sozialismus. Er ist eine neue Welt, er bedeutet Erlösung von allen Sklavenketten des Alltagslebens, von allen Grausamkeiten, die Unwissenheit und böser Wille an uns verübten. Doch immer gilt die alte Parole: Durch Kampf zum Sieg! Deshalb, Proletarier, seid wachsam, seid kampfbereit gegen die Reaktion! Zeigt der Welt, daß Ihr den Willen habt, die Menschheit aus Grauen und Not, aus Krieg und Tod hinauszuführen, einer besseren, menschenwürdigeren Zukunft entgegen! Fester als je seht Euch um das Banner des Sozialismus, um die Fahne der Freiheit. Seid wachsam und kampfbereit!

Die Verwirklichung des sozialistischen Programms.

Die Revolution triumphiert heute in allen Teilen des Reiches. Aus allen Gauen, von Nord und Süd, von Ost und West, liegen Meldungen vor, daß das Militär allenthalben zur Revolution übergetreten ist und mit den Arbeitern gemeinsam die öffentliche Gewalt übernommen hat. Throne und Thronen einzeln durcheinander, und was vor einigen Wochen noch die Wenigsten geahnt, heute ist es Wirklichkeit geworden. Die größte Revolution der Weltgeschichte, der völlige Niederruch des festesten Militärgebäudes ist in völliger Ordnung und fast ohne Blutvergießen erfolgt. Von der See bis zu den Alpen weht heute die rote Fahne über Freunde und Feinde, die sich unter dem alten Sturmschild der Volksbefreiung zu unserer größten Freude die Hand wieder reichen. Endlich wieder ein einzig Volk in Not und in Gefahr.

Am Aufbruch des Males der Vollbeauftragten vom 12. November kündigt an, die Regierung setzte sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen und verwirklichen mit geschickter Kraft:

Aufhebung des Belagerungszustandes sowie aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes auch für Beamte und Staatsarbeiter. Aufhebung der Zensur. Freie Meinungsäußerung. Freiheit der Presseausübung. Politische Amnestie. Aufhebung des Gesetzes über den väterländischen Pflichten. Aufhebung der Gefährdungsordnungen sowie des Ausnahmegesetzes für Landarbeiter und die Wiedereinführung der Arbeiter-Schutzbestimmungen.

Spätestens zu Neujahr soll der achtkündige Maximalarbeitsstag in Kraft treten.

Die Regierung kündigt ferner an: Fürsorge für ausreichende Arbeitsgelegenheit, Unterstützung von Arbeitslosen, Erhöhung der Versicherungspflicht bei der Krankenversicherung, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung geregelter Volksernährung, die Aufrechterhaltung geordneter Produktion, Schutz des Eigentums, Schutz des Eigentums gegen die Eingriffe Privater.

Alle öffentlichen Wahlen sollen nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht nach dem Proportionalstimm für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen erfolgen. Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung erfolgt.

Die Verhandlungen über unsere neue Teuerungszulage.

Am 9. dieses Monats traten die Vertreter der Organisationen des Malergewerbes im Reichsarbeitsamt zu den von uns schon angeforderten Verhandlungen über eine weitere Teuerungszulage zusammen. Und zwar zu gleicher Stunde, als sich in den Straßen Berlins die Volksmassen gegen das im Saum der von Nord und Süd sich herauswühlenden Revolution zusammenstürzende alte System in Bewegung setzten. Die nunmehr gestiegene Militärmacht hoffte noch bis zur letzten Minute, den Wandel von den Toren der Reichshauptstadt gewalttätig fernhalten zu können, deshalb hatte sie nicht nur zu energischem Widerstand gerufen, sondern auch alle nach Berlin führenden Eisenbahnen laqueona gesperrt. Dem war es zuzuschreiben, daß die Verhandlungen, sollten sie nicht auf längere Zeit verlagert werden, nur im Reizein der Berliner und je zwei auswärtiger Vertreter unseres und des Arbeitgeberverbandes stattfinden konnten. Alle übrigen auswärtigen Vertreter konnten Berlin nicht erreichen. Den Vorsitz bei den Verhandlungen führte wieder Herr Geheimrat Siebert unter Vorsitz des Herrn Regierungsrat Dr. Stüler.

Die gewaltigen Ereignisse der Gegenwart wirkten offensichtlich auch auf die Verhandlungen ein. Diese wurden nicht nur wieder äußerst lebhaft geführt, sondern man suchte auch alle nicht im engeren Zusammenhang mit dem Verhandlungsthema stehenden Fragen — im Gegensatz zu

den letzten Verhandlungen im Februar dieses Jahres — nicht zu berühren. Über die Mitteilung des Reichsarbeitsamtes, daß er ab 1. November 15 % Teuerungszulage zahle, und daher sein Erscheinen zu den Verhandlungen gegenstandslos sei, wurde, nachdem von uns versichert worden war, daß das genannte Zugeständnis und teinwegens genüge, kurz hinweggegangen; ferner ließ der Bund deutscher Dekorationsmaler erklären, daß auch er seinen erst ablehnenden Standpunkt geändert habe und nunmehr ebenfalls für eine Teuerungszulage einträte, wenn die Behörden inwiefern Entgegenkommen bei der Preisgestaltung zelaten.

Die wichtigsten Fragen waren die Verlängerung des am kommenden 15. Februar ablaufenden Reichstarifvertrages und die Zulage für kleinere, mehr ländliche Orte mit unter etwa 25 000 Einwohnern; es tauchte hier bei den Arbeitgebern die Abicht auf, diese Orte im allgemeinen diesmal ohne eine weitere Zulage zu lassen.

Kollege Streine begründete des näheren die von den Gehilfenorganisationen eingereichten, im „Vereins-Anzeiger“ schon mitgeteilten Forderungen. Er wies die ungesicherte Höhe der Teuerung aller Lebensbedürfnisse nach und zeigte die Ungünstigkeit der bisher bewilligten Zulagen auf. Ferner verwies er besonders auf die Rohstoffteuerung, die Notwendigkeit einer angemessenen Preisgestaltung und auf die schlimmen Folgen für unser Gewerbe, nicht zuletzt gerade für die Arbeitgeber, wenn wir nicht durch eine großzügige Lohnpolitik mit der Entwicklung der Einkommensverhältnisse in anderen verwandten Gewerben Schritt halten. Von den Arbeitgebervertretern wurde diesen Darlegungen in der Hauptsache zugestimmt, nur wollte man, wie schon erwähnt, die kleineren besonders ländlichen Orte einer Ausnahmebehandlung unterziehen. Schließlich schlugen die Arbeitgeber vor, die Zulage in zwei Staffeln zu zahlen, und zwar in Städten mit über 100 000 Einwohnern in Höhe von insgesamt 30 %, im übrigen von 20 %. (Wir hatten 30 und 25 % gefordert.) Der Tarif sollte auf unbestimmte Zeit mit sechsmonatiger Kündigung verlängert werden.

Noch mehrmaligen Sonderberatungen kam folgende Vereinbarung, über die die Parteien sich bis 25. November zu erklären haben, zustande:

§ 1. Der Reichstarifvertrag für das deutsche Malergewerbe vom Jahre 1913 nebst den ihn ergänzenden allgemeinen und örtlichen Vereinbarungen, insbesondere den Vereinbarungen über Kriegsteuerungszulage, werden bis zum 15. Februar 1920 verlängert. Das gleiche gilt für den zwischen dem Bund Deutscher Dekorationsmaler und den Gehilfenverbänden abgeschlossenen Tarifvertrag vom Jahre 1914 und den ihn ergänzenden Vereinbarungen.

§ 2. Den Gehilfen wird eine weitere Teuerungszulage gewährt. Diese beträgt in Städten oder Lohngebieten mit mehr als 100 000 Einwohnern vom 1. Dezember 1918 ab 15 % und vom 15. Februar 1919 ab weitere 15 %, im übrigen vom 1. Dezember 1918 ab 15 % und vom 15. Februar 1919 ab weitere 10 % für jede geleistete Arbeitsstunde.

Diese Sätze können durch Vereinbarung der örtlichen Verbände unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse erhöht oder ermäßigt werden. Bis zum Zustandekommen einer derartigen Vereinbarung gelten die in Absatz 2 bestimmten Sätze.

§ 3. Sollte die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem 1. April 1919 die Gewährung einer neuen Teuerungszulage erforderlich erscheinen lassen, so kann das Reichsarbeitsamt auf Antrag eines der beteiligten Verbände Verhandlungen darüber herbeiführen.

§ 4. Auf die vom 1. Dezember 1918 ab zu zahlende Teuerungszulage von 15 % werden bereits bewilligte Sonderzulagen insoweit angerechnet, als sie nach dem 1. September 1918 vereinbart worden sind.

§ 5. Streitigkeiten über den Inhalt dieser Vereinbarung werden durch die Tarifämter entschieden.

§ 6. Die Vertragsparteien verpflichten sich und ihre Bezirks- und Ortsverbände, ihren ganzen Einfluß für die Durchführung und Aufrechterhaltung dieser Vereinbarung einzusetzen.

Wird auch durch die so festgesetzten Zulagen kein völliger Ausgleich der ungeheuren Teuerung herbeigeführt, so bedeutet sie doch einen recht nennenswerten Fortschritt. Dabei wollen wir nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die im Februar dieses Jahres abgeschlossene Vereinbarung rechtmäßig bis zum gleichen Datum 1919 gelten sollte. Wir hoffen, daß der nun in sicherer Aussicht stehende Frieden eine Herabsetzung der Teuerung auf wichtigen Gebieten zur Folge hat, ohne auf anderen Gebieten weitere erhebliche Erhöhungen herbeizuführen. Trift so eine gewisse Entspannung ein, so können wir vielleicht demnächst von einem völligen Ausgleich reden. Es würde dann unsere nächste Aufgabe sein, die bisherigen Teuerungszulagen tarifrechtlich in Lohnerhöhungen umzuwandeln, was sie, allerdings praktisch genommen, in Wirklichkeit auch ohnedies sind.

Sollten die jetzigen Zustände auch nach dem 1. April nächsten Jahres anhalten, so müßte indes, darüber war man sich bei den Verhandlungen einseitig einig, durch weitere Zulagen nachgeholfen werden.

Vorerst ist es unsere Pflicht, für die strikte Durchführung der neuen Teuerungszulage — der vierien während des Krieges —, an deren Annahme durch alle Verbände wohl nicht zu zweifeln ist, zu wirken und ihre Bedeutung all unsern Kollegen vor Augen zu führen.

Für unsere Organisation wird der in diesen Tagen auszunehmende Verbandsbeitrag zu den Vereinbarungen Stellung nehmen. Wir kommen im Bericht über diese Tagung und bei späteren Gelegenheiten auf die vorstehend kurz behandelten Fragen zurück und werden ferner im nächsten „Vereins-Anzeiger“ durch den Abdruck des amtlichen Verhandlungsprotokolls einen weiteren Einblick in den Gang der Verhandlungen geben.

Der Arbeitsmarkt im September 1918.

Die wirtschaftliche Lage auch im 10. Kriegsmonat erachtet das „Reichs-Arbeitsblatt“ nach den ihm vorliegenden Unterlagen im wesentlichen als unverändert. Einzelnen Abschwüchungen, die im Vergleich zum Vormonat hervortraten, sieht eine Reihe von Steigerungen des Beschäftigungsgrades gegenüber. Nach der Krankenkassenstatistik hat die Zahl der Beschäftigten, die sich im Vormonat etwas erhöhte, zwar um ein Geringes wieder abgenommen; doch zeigt die Statistik, die bei Beurteilung der Entwicklung allein in Betracht gezogen werden darf, daß die Beschäftigungsziffer nur ganz unwesentlich geringer ist (nämlich um 0,2 v. H.) als zu Beginn des Jahres.

Nach den Feststellungen von 37 Fachverbänden, die für 190 116 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende September 9811, oder 0,9 v. H. Im August war von 24 Fachverbänden über eine Arbeitslosigkeit von 0,7 v. H. berichtet worden. Die Arbeitslosigkeit ist also etwas gestiegen. Dem September 1917 verglichen, ist die Ziffer die gleiche, während demselben Monat der Jahre 1914/18 gegenüber ein Rückgang der Arbeitslosigkeit festzustellen ist: sie betrug 1916 2,1, 1915 2,6 und 1914 15,7 v. H.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt erkennen, daß im Berichtsmontat die Zahl der Arbeitsuchenden, bezogen auf die Zahl der offenen Stellen, weiter gestiegen ist; denn im September kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 46 Arbeitsuchende (gegen 48 im Vormonat),

Das Malergewerbe und der Winter.

(Schluß)

Eine übliche Erscheinung ist bei Fensterrahmen im Winter zu berücksichtigen. Man weiß, daß sich an den unmittelbaren mit der Außen- und Innenluft in Berührung kommenden Flächen, besonders den Glasflächen, die warme Innenluft ihres Wasserdampfes entledigt; die Scheiben „schwitzen“, sagt man. Dieses Schwitzwasser, welches besonders stark in beheizten und nicht gelüfteten Räumen auftritt, dringt natürlich bei längerer Dauer der Einwirkung auch in das Holz der Fenster, der Rahmen und Sprössen ein, macht Gesteile zerlig uim., und wenn solche feuchten Fenster getrocknet werden, so ist natürlich die Haltbarkeit des Anstriches nicht weit her. Hier muß man also vorsichtig sein und die Fenster nur dann streichen lassen, wenn sie trocken sind. Das ist auch im Winter möglich, wenn die Fenster vor dem Einmauern gut grundiert worden sind; die Winterfeuchtigkeit dringt dann nicht so tief in das Holz ein, daß sie nicht in 2 bis 3 Tagen durch kräftiges Lüften bei warmem Wetter zu beseitigen wäre.

Die Kälte allein hindert ferner Anstriche mit Cellulose auch im Freien nicht. Alles Holzwerk kann bei trockenem Frostwetter unbedenklich gestrichen werden, auch Kaffee- und Bergeläuben, wenn nur der Grund trocken ist. Der einzig etwa mögliche Schaden könnte sein, daß der Anstrich durch vorzeitlich nachts aufkommende Nebelbildung in feinem Glanze beeinträchtigt würde; der Holzbauwerk aber nur durch diesen keinen Abbruch.

In gleicher Weise sind alle Lackierarbeiten im Innern möglich und mit bestem Erfolge durchführbar. Der Frost veranlaßt vielleicht ein etwas weniger schnelles Trocknen des Lackes in ungelüfteten Räumen; das ist aber auch keine große Gefahr. Trockenem Holz schadet, das ist aber auch sicher wieder die Feuchtigkeit der eigentümlichen Feuchtigkeit. Es sei um Beispiel daran erinnert, daß Lackierungen auf der Innenseite von Türen, die ins Freie führen (Haus-, Balkentüren und dergleichen), häufig von außen oder gar wegzulassen werden, verfallen, auch in Durchdrängen uim. kann man das vermeiden. Hier muß aber die Ursache

lediglich in dem Wassergehalt der Luft, der sich in Form des Schwitzwassers an den der Außenluft ausgesetzten Türen absetzt und bei öfterer Wiederholung eben schädlich auf das Aussehen des Lackes wirkt.

Die übrigen Witterungsverhältnisse, die Feuchtigkeit in Form von Nebel, Regen und Schnee, die Sonne, der Staub und ähnliches haben durchweg nur bei Außenarbeiten einen hemmenden Einfluß auf die Ausführung von Malerarbeiten. Sie treten im übrigen im Sommer ebenso auf wie im Winter, bieten also an sich keine Handhabe zur Einschränkung unseres Berufes in der kalten Jahreszeit allein.

In Wirklichkeit handelt es sich somit nur um eine ziemlich kleine Gruppe von Arbeiten, die tatsächlich durch die winterliche Witterung unter Umständen Schaden nehmen würde und deren Ausführung also, wo und solange diese Umstände in Betracht kommen, nicht möglich ist. Dieser kleinen Gruppe aber steht die viel größere der ohne Bedenken technischer Art möglichen Arbeiten gegenüber, die, gering angeschlagen, immerhin 75 pSt. aller vorkommenden Arbeiten umfassen dürfte. Man würde die Prozentziffer wohl noch höher ansetzen können; denn schließlich ist es bei uns in Deutschland nicht von Oktober bis März beständig so kalt, daß es wirklich friert, das heißt das Thermometer unter 0 Grad sinkt; im Gegenteil, im Spätherbst, sogar im Dezember und Januar, kommen oft schöne sonnige Tage und Wochen, und im Vorfrühling, selbst im Februar, ist es nicht anders. Da liegen sich alle möglichen Arbeiten machen; Meister und Gehilfen hätten Zeit in Ueberflut und würden sorgfältiger arbeiten können als im Sommer — aber nein! Publikum mag nicht vor April, und so muß der Maler warten und zusehen, wie und womit er was verdient.

Daß wirklich alle Arbeiten möglich sind, das beweisen übrigens für jeden, der sehen will, die Maler alljährlich in ihren eigenen Häusern oder Wohnungen, an ihren Möbeln uim. Diese werden eben, da im Sommer nicht Zeit dazu ist, im Winter vorgenommen und gewöhnlich mit Lust und Liebe zu kleinen Schautücken ausgearbeitet

— jeder nach seinem Können. Da geht es; es hält auch genau so gut wie jede Sommerarbeit; manche Kunstschaff bewundert später diese Arbeiten und würde sich auch Ähnliches wünschen. Macht man ihr aber den Vorschlag, den Winter dazu zu benutzen, so kommt alsbald wieder der Zweifel an der Möglichkeit, wengleich der Gegenbeweis handgreiflich vor Augen steht, wengleich man den Reuten auch die Vorzüge der Winterarbeit klar auseinandersetzt.

So bleibt nun eben alles beim alten, hauptsächlich aus dem Grunde, weil es einmal so üblich ist. Das sollte aber nicht sein; die Maler insgesamt sollten ernstlich danach trachten, hierin eine gründliche Aenderung herbeizuführen; denn die soziale und wirtschaftliche Bedeutung dieser winterlichen Beschäftigungslosigkeit für unsern Beruf ist ganz gewaltig groß.

Wir wiederholen: Die jetzt so häufige Abwanderung verlässiger Gehilfen in andere Berufe; der Mangel an geeignetem Nachwuchs; das übermäßige Kleinmeisterwesen, die Wfsucharbeit und Preisdrückerei; die haartsträubenden Submissionsergebnisse; alle diese Mißstände wurzeln zum großen Teile in dem Winterelend, und sie würden vermieden oder zum mindesten stark eingeschränkt werden, wenn das Publikum und die Behörden sich entschließen könnten, auch im Winter Malerarbeiten machen zu lassen. Amisstellen und Verwaltungsbehörden sollten in diesem Punkte mit gutem Beispiel vorangehen; das wäre Staatshilfe im wahren Sinne des Wortes, die mehr wert wäre als Gesehmacherei und Paragrafendrescheln. Nochmals sei außerdem betont, daß die Auftraggeber selbst auch Nutzen davon haben würden, weil die Arbeiten bei gleichmäßiger Verteilung über das ganze Jahr besser, das heißt sorgfältiger und sauberer ausgeführt werden können als jetzt, wo der Jmang der Verhältnisse zur übereilten Arbeit und zum Einstellen ungelerner Kräfte treibt und die Beaufsichtigung erschwert. Der Umstand, daß es immer so war, darf wie schon gesagt — nicht davon abhalten, eine Aenderung an-

bei weiblichen Geschlecht, teilweise infolge erhöhter Nachfrage nach Frauenarbeit, 78 (gegen 79 im Vormonat).

Die bis Mitte Oktober reichende Statistik auf Grund des "Arbeitsmarkt-Anzeigers" weist gegenüber dem Vormonat keine wesentlichen Veränderungen auf.

Die Unfälle und Leertarbenwerke lassen dem September 1917 gegenüber eine Steigerung erkennen. Auch gegenüber dem Vormonat machte sich nach verschiedenen Berichten eine Verbesserung geltend, die auf die Abgabe beschlagnahmter Rohstoffe für die Feerfabrikherstellung zurückzuführen ist.

Die in das "Reichs-Arbeitsblatt" berichtenden Verbände des Baugewerbes stellen dem Vormonat und dem Vorjahr gegenüber im allgemeinen keine Veränderungen fest. Die mit kriegswichtigen Bauarbeiten beschäftigten Betriebe haben stark zu tun. Arbeitermangel besteht nach wie vor.

Nach dem Verichte der "Landwirtschaftlichen Zeitung" hat sich die Lage auf dem deutschen Bauarkt im September wenig geändert. Noch immer markiert kriegswichtige Bauten im Vordergrund, während die private Bautätigkeit überall noch fast völlig ruht.

Die in das "Reichs-Arbeitsblatt" berichtenden Verbände des Baugewerbes stellen dem Vormonat und dem Vorjahr gegenüber im allgemeinen keine Veränderungen fest. Die mit kriegswichtigen Bauarbeiten beschäftigten Betriebe haben stark zu tun. Arbeitermangel besteht nach wie vor.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Maler-, Anstreicher- und Lackergewerbe stellte sich demnach im Laufe des Jahres 1918 wie folgt:

Über die Lage des Bauarbeitsmarktes im Monat September 1918 liegen aus den Arbeitsnachweisverbänden unter anderem folgende Berichte vor:

In Ostpreußen gingen auf dem Bauarbeitsmarkt Nachfrage und Angebot in allen Berufen sehr erheblich zurück; doch stand der Bedarf noch über dem Angebot.

In Westpreußen blieb die Lage ähnlich wie in den Vormonaten.

In Pommern machte sich im Malergewerbe eine geringe Besserung bemerkbar.

In Westfalen blieb die Lage im wesentlichen gleich geblieben. Ebenso blieb die Lage des Baugewerbes in Schlesien unverändert.

Im ober-schlesischen Industriegebiet hielt sich die Nachfrage im Baugewerbe nach Handwerkern und Arbeitern auf der früheren Höhe; ein Ausgleich konnte nicht annähernd geschaffen werden.

In Berlin und der Provinz Brandenburg entfaltete das Baugewerbe im Berichtsmonat eine lebhaftige Tätigkeit.

austreten. Früher herrschten durchweg ganz andere Lebensverhältnisse; in den Zeiten, da die Winterruhe des Malergewerbes üblich wurde, war Deutschland noch das Land der Kleinstädte und Landstädten; jeder Bürger, ob Meister oder Geselle, hatte sein Vieh im Stall und baute seinen Acker neben seinem eigentlichen Handwerk, und so hatte er auch zu leben, wenn im Winter der Winter eintrat.

Es ist nun freilich wenig damit getan, wenn dieses hier geschrieben, gedruckt und gelesen wird. Die Dringlichkeit muß darauf hingewiesen werden, und das ist Sache der Maler, vornehmste Aufgabe aller Fachvereinigungen, mögen sie heißen wie sie wollen. In der Fachpresse darüber zu reden hat deshalb nicht den richtigen Erfolg, weil eben diese nur von den Malern gelesen wird, die ja alle das Winterkreuz selbst kennen, wenn sie es sich vielleicht auch noch nicht recht überlegt haben.

Wagenlackierer und Küchenmöbelmaler waren bei weitem nicht ausreichend zu beschaffen.

Im Königreich Sachsen überstieg im Maler-, Glaser- und Lötgerberberufe der Bedarf an Arbeitskräften die Nachfrage.

Im Großherzogtum Sachsen-Weimar, in den Herzogtümern Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Coburg-Gotha hatte das Baugewerbe weiter starken Bedarf an Arbeitskräften, dem nur ein geringes Angebot Arbeitsuchender gegenüberstand.

In Hannover, Braunschweig und Oldenburg konnte der Bedarf an Arbeitskräften für das Baugewerbe nicht gedeckt werden.

In Bremen hatte das Baugewerbe größeres Angebot und stärkere Nachfrage zu verzeichnen.

In Hessen und Nassau waren die Verhältnisse in verstärktem Maße angefüllt.

In Rheinland und Westfalen war das Baugewerbe durchweg stark beschäftigt.

In Bayern hat sich die Lage des Baugewerbes gegenüber dem Vormonat wenig verändert.

In Baden und Württemberg blieb die Lage fast unverändert.

In Elsaß-Lothringen lag für das Baugewerbe starke Nachfrage nach Arbeitskräften vor.

Für das gesamte Baugewerbe wurden im Berichtsmonat von der Vermittlungsstatistik angegeben:

Table with 4 columns: Davon entfallen auf: Maurer, Fuhrer, Stuckateure, Glaser, etc. and 4 rows of data.

Auf 100 offene Stellen kamen demnach Arbeitsgesuche:

Table with 4 columns: August 1918, September 1918, September 1917 and 4 rows of data for various professions.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Maler-, Anstreicher- und Lackergewerbe stellte sich demnach im Laufe des Jahres 1918 wie folgt:

Table with 5 columns: Arbeitsgesuche, Offene Stellen, Befragte Stellen, Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende and 10 rows of data by month.

In den einzelnen Landesstellen stellten sich für das Malergewerbe das Angebot und die Nachfrage in den Monaten Juni, Juli und August 1918 folgendermaßen:

Table with 5 columns: Juli, August, September and 2 columns of sub-columns (Arbeits-suchende, Offene Stellen) and 20 rows of data by region.

Anschließend an obige Uebersicht der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweisverbände im Reich für das Bau- und Malergewerbe geben wir nachstehend das Resultat aus der Zusammenstellung unserer monatlichen Umfrage über die Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder im Monat September 1918 bekannt:

Table with 5 columns: Monat, Es berichteten, Mitglieder in d. Berichtsmonat, Arbeitslose Mitglieder am Schluß der letzten Woche des Monats, Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am Schluß der letzten Monatswoche and 12 rows of data by month.

Nach den amtlichen Feststellungen hat somit die seit Juli bemerkbare günstige Lage des Arbeitsmarktes für unsere Kollegen sich im Monat September noch weiter verbessert. Die nach unserer Aufnahmestellung eingetretene Verschiebung der Arbeitsloseniffer nach aufwärts ist relativ von geringer Bedeutung, die Zahl der arbeitslosen Kollegen ist von 20 im Vormonat auf 24 gestiegen.

Nachstehend geben wir auch das Ergebnis bekannt von unserer vierteljährlich vorgenommenen Zusammenstellung über die Zahl der überhaupt noch im Berufsverbliebenen Gehilfen seit dem zweiten Quartal 1918:

Table with 8 columns: Quart, Es berichteten, Berufsbegleitende, Erwerbstätige, and 8 rows of data by quarter.

Folgende Zitate fanden die statistische Karte nicht belegungsweise nicht rechtzeitig, ein: Bielefeld, Cottbus, Grimmlschau, Düren, Alandburg, Friedberg, Girschberg, Karlsruhe, Nordhausen, Danabriet, Weimar und Wlrsburg.

Arbeitszeitverkürzung während des Krieges.

Die Frage der Länge der täglichen Arbeitszeit spielt neben der Höhe des Arbeitslohnes eine wichtige Rolle im Leben des Arbeiters. Der moderne Arbeiter fordert dringend eine geringere, nicht übermäßig lange Arbeitszeit, er will wissen, wann seine Arbeit anfangt und wann sie endigt, er will die Zeit seines Lebens, die er dem Arbeitgeber verkauft, scharf abgrenzen von der, die ihm selbst gehört.

Schon seit über hundert Jahren, seit der Kapitalismus seine Schwingen entfaltet, tritt das Bestreben des Proletariats, eine Arbeitszeit von acht Stunden täglich durchzusetzen, deutlich zutage. Die Malfater, die in den letzten Jahrzehnten auf der Tagesordnung stand, diente im wesentlichen diesem Zwecke, und Tausende von Kämpfen sind geführt worden, um die überlange Arbeitszeit von zwölf und vierzehn Stunden auf acht Stunden herabzubringen.

Während des Krieges ist in dieser Beziehung vielfach eine Verschlechterung eingetreten. Weil so viele kräftige, leistungsfähige Männer dem wirtschaftlichen Leben entzogen und zugleich die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit unseres Wirtschaftslebens wesentlich gesteigert wurden, mußten die zurückbleibenden Männer und die neuemgestellten Arbeiterinnen notgedrungen schärfer zupacken. Sie wurden nicht nur durch höhere Löhne zu einer angestrengteren Arbeitsweise angepörrt, es wurde auch die Arbeitszeit vielfach verlängert.

Der Ruf nach einer kürzeren Arbeitszeit wird neuerdings in allen Verufen wieder immer lauter erklingen. Die Gewerkschaften, die die beruflichen Vertreter der deutschen Arbeiterklasse sind, haben sich der Erwägung nicht verschließen können, daß unter den gegenwärtigen Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit zu einer dringenden Notwendigkeit geworden ist, und haben deshalb vielfach dahin gehende Forderungen gestellt. Sie haben auch die Meinung geäußert, daß fast sämtliche Erziehungsausschüsse, die sich mit dieser Frage zu befassen haben, die Verwirklichung dieser Forderung im Wege anerkannt haben. So hat zum Beispiel der Erziehungsausschuß des sächsischen Betriebs in Gießen erklärt, daß das Verlangen nach Verkürzung der Arbeitszeit mit Rücksicht auf die Härten des Krieges und die besonderen Schwierigkeiten der Ernährung durchaus verständlich sei, daß aber eine Arbeitszeitverkürzung zurzeit nicht durchgeführt werden könne, weil damit ein vordringender Nachteil in der Erzeugung von unentbehrlichen Kriegsmaterial verbunden sei. Die Arbeiter werden deshalb auf die Zeit nach dem Krieges wartet. Andere Erziehungsausschüsse wollten eine Arbeitszeitverkürzung von dem Entschluß von Sachverständigen über eine mögliche Produktionsverminderung abhängig machen, wieder andere setzen dafür ein, die Arbeitszeit probeweise auf die Dauer von vier Wochen zu verkürzen, um die Wirkung auf die Produktionsverminderung zu beobachten.

Die Schwerkrafter sind jedoch Gegner einer Arbeitszeitverkürzung während des Krieges, und auch in der Nachkriegszeit nach dem Krieges wollen sie an der längeren Arbeitszeit festhalten. Ihr Geldverdieninteresse, das sie mit dem Allgemeininteresse schamlos verwechseln, geht ihnen über alles, und sie nehmen keinerlei Rücksicht auf die Gesundheit, die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden ihrer Lohnslaven. Es soll eben möglichst viel produziert werden, mag auch das Proletariat darauf ausgemergelt werden. Dabei vergessen sie den Erziehungsausschuß, daß eine jede Arbeitszeitverkürzung bisher noch immer eine Produktionssteigerung im Gefolge gehabt hat. Und sie vergessen auch, daß das körperliche und geistige Wohl der Arbeiterschaft unter allen Umständen höher zu bewerten ist, als der wirtschaftliche Gewinn unserer Arbeit. Das Wirtschaftsleben ist der Menschheit wegen da, nicht umgekehrt, und da erfahrungsgemäß eine überlange Arbeitszeit ein Volk zugrunde richtet, so erwerben sich die Gewerkschaften ein hohes Verdienst um unser Volk, wenn sie nach wie vor, und selbst unter den schwierigsten Verhältnissen der Gegenwart für eine wesentliche Arbeitszeitverkürzung eintreten.

Gewerkschaftliches.

Eine Konferenz der Vorstände der Zentralverbände wurde am 11. November in Berlin abgehalten, die sich mit der wichtigen Frage der Demobilisation beschäftigte. Infolge des früheren Redaktionsbeschlusses wird erst in der kommenden Nummer darüber berichtet werden.

Der Achtsundentag. Die sozialpolitische Abteilung des Hamburgener Arbeiter- und Soldatenrates hat am 13. November 1918 folgende bedeutsame Bekanntmachung erlassen: 1. Laut Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrates ist für das hiesige Wirtschaftsgebiet (Hamburg-Altona-Wandsbek-Wilhelmsburg) die Einführung des Achtsundentages angeordnet worden.

- Die Lohnsumme ist bei der achtsündigen Arbeitszeit gleich der für die bisherige längere Arbeitszeit.
- Wo es nach Art der Betriebe nicht möglich ist, die tägliche achtsündige Arbeitszeit innezuhalten, tritt an deren Stelle die achtsundvierzigstündige wöchentliche Gesamtarbeitszeit.
- Wo dennoch Mehrstunden erforderlich sind, müssen sie als solche entlohnt werden.
- In allen Fällen, wo sich aus vorstehendem in einzelnen Betrieben Komplikationen ergeben, haben sich die Arbeiter zwecks Regelung an ihre Gewerkschaftsvorstände zu wenden. Ist es den Gewerkschaftsvorständen nicht möglich, eine Regelung in obigem Sinne herbeizuführen, so haben sich die Gewerkschaftsvorstände an die sozialpolitische Abteilung des Arbeiterrates zu wenden.

Desgleichen sind die Gewerkschaftsvorstände gehalten, die Frage der Differenzierung beziehungsweise Differenzarbeit zu regeln.

Da nun auch von der Reichsregierung die Durchführung des achtsündigen Arbeitstages als Maximalarbeitstag angeordnet worden ist, tritt Deutschland in die Reihe der wenigen Länder ein, die bereits den gesetzlichen Achtsundentag durchgeföhrt haben. Ein hohes Ziel unserer gewerkschaftlichen Forderungen, für das bisher ungeheure Opfer in zahlreichen Kämpfen gebracht werden mußten, ist damit erreicht. Die jetzige Volksregierung hat sich schon allein durch diese eine Kulturart bleibendes Verdienst erworben.

Der 13. Verbandstag der Schneider lagte vom 11. bis 14. Oktober in Gießen. Der Verbandstag folgte eine längere Diskussion, bei der die sogenannte Generalkommission eine Rolle spielte. In dem zum Schluß angenommenen Resolutionskomitee wird festgestellt, daß von einer Artikulation des Schlichtungsausschusses keine Rede sein könne. In der Annahme der Politik des 4. August durch die Gewerkschaften besteht der Verbandstag lediglich eine Anerkennung der Verteidigung des Vaterlandes. Trotz dieser Behauptung sind und bleiben die Gewerkschaften unabhängig, unabhängig Transaktionen zur Verteidigung der Arbeiterschaften. In den kritischen Einzelfällen helfen die Resolution auf den Standpunkt der Generalkommission. Mit der Annahme dieser Resolution waren alle wichtigen Punkte der Diskussion erledigt. Dem Vorstand, dem Ausschuss und der Redaktion wurde Entlohnung erteilt. Neben der „Arbeitszeitverkürzung“ steht Reichsstaatsangehöriger Substantieller einer internationalen Wortwahl. Der hiesige Flooz hat sich über „Anknüpfung“ und „Verknüpfung“ geäußert. Die Schlichtungsausschüsse der Reichsregierung, und über: „Die Schneider in der Hebergewerkschaft“ referierte des Verbandsmitglied Schmitt. Die von

den Delegierten vorgelegten Entschlüssen getrauten einverstanden zur Annahme. Zur Statutenänderung hielt das Generalkomitee die Resolution der Verbandsvorstände. Danach sollen die Beiträge um 10 % die Woche für weibliche und um 20 % für männliche Mitglieder erhöht werden. Dafür wird die Kreditunterstützung in den beiden Klassen um 1/2 schrittweise 1/2 erhöht. Bei allen übrigen Interzessionsfällen tritt keine Erhöhung ein. Bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die der Vorstand empfiehlt, sollen die Beiträge um weitere 20 % für männliche und um 15 % für weibliche Mitglieder erhöht werden. Dieser erhöhte Beitrag soll erst ein Vierteljahr nach Beendigung des Krieges, die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung erst nach nachprüfbarer, genügender Bezahlung des erhöhten Beitrages in Kraft treten. Beschlossen wurde, daß aber bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung noch dem Komitee eine Resolution einbringen solle. Ebenfalls wurde beschlossen, daß in den Verbat neben den Mandatanten ein Vertreter des Ausschusses, bis 1920 und je ein Vertreter der acht Gewerkschaften gewählt werden müssen. Bei den Wahlen wurden die bisherigen angehaltenen Vorstandsmitglieder und der Ausschussvorsitzende einstimmig wiedergewählt.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet.

Sozialpolitisches.

Erhöhung der Brotaktion. Das Kriegsernährungsamt hat an das deutsche Volk folgenden Aufruf erlassen:

Seit 4 Jahren hat das deutsche Volk die Lasten und Entbehrungen des Krieges mit bewundernswürdiger Standhaftigkeit getragen. Jetzt steht der Friede und das Ende der Hungersnot in naher Aussicht. Damit wird auch eine Entspannung in unserer Ernährungsfrage eintreten. Am 1. Dezember 1918 wird die Brotaktion erhöht und andere Erleichterungen werden allmählich folgen. Voraussetzung dafür wie überhaupt für die weitere Versorgung des Volkes ist die unbedingte Aufrechterhaltung der Ordnung. Jede Störung vermindert die regelmäßige Zufuhr und bedroht die großen Städte und Industriebezirke mit unangenehmem Elend. Wir wenden uns an das gesamte deutsche Volk, um diese schwere Gefahr abzuwenden.

Gegen die Hamsterei!

In Deutschland herrscht Gerechtigkeit
Und gleiches Maß für alle Leut'.
Gentarm, der steht an allen Ecken,
Möy' auch das Volk dabei verrecken.

Der Hamsterei in neuer Zeit
Geht man mit aller Macht zu Leib',
So manch Paket wird aufgemacht
Und dann durchschneffelt mit Bedacht.

Man steckt die Nas' in jeden Dreck,
Und schubfelt stets nach Wurst und Speck,
Nach Eiern, Butter und nach Schinken,
Fürwahr geht alle Pakete flinken.

Schickst du mal ein Paket der Mutter,
Gleich sucht man drin nach Wurst und Butter,
Als wenn solch armer Landsturmann
Sich sowas heut noch leisten kann.

Jedoch kommt mal bei bessern Teuf'
Solch 20-Pfund-Paket geschnelt,
Dann hat das Nachsehn keinen Sinn;
Denn da ist sicher Sand' bloß drinn.

Das Leben, das ist wirklich schön,
Es fragt sich nur dabei für Wen' —
Der eine nennt es „ideal“,
Die große Masse: „Ein Skandal!“

die Quintessenz daraus? Ich will sie dir sagen:
Lerne zu leiden, ohne zu klagen!
Lerne zu arbeiten mit hungrigem Magen!
Denn das Gute, was es da gibt noch heut,
Ist nur für Hamsterer, Wucherer und bessere Leut'.

Jahres 1917 rund 6,5 Millionen Mark und werden sich bis zum Schlusse des laufenden Jahres auf mehr als 9 Millionen Mark steigern. Für etwa eintrübende Kursverluste ist eine Reserve von M. 40 000 vorhanden, dazu kommt noch eine Reserve von M. 40 000 für unvorhergesehene Ausfälle und ein Dividendenausgleichsfonds von M. 45 000. Neben diesen Vertriebsreserven stehen noch zur Verfügung (vergleiche Bilanz für das Geschäftsjahr 1917) an sonstigen Reserven M. 250 000 und das bar eingezahlte Garantiekapital der Aktionäre (Gewerkschaften und Genossenschaften) von 1 Million Mark. Es ist daher völlig ausgeschlossen, daß bei der Volksfürsorge Zahlungsschwierigkeiten eintreten könnten, ja, daß das Garantiekapital auch nur in Anspruch genommen zu werden brauche. Ihre Mitarbeiter handeln nicht nur im Interesse der Volksfürsorge, sondern ganz besonders im Interesse der Verletzten, wenn sie allen Gerüchten über mangelnde Sicherheit der Einrichtungen der Volksfürsorge und jeder Panikstimmung energig entgegenstreiten.

Literarisches.

„Die Glocke“. Herausgegeben von Parnus, Verlag für Sozialwissenschaft, e. G. m. b. H., Berlin SW 68. Preis des Heftes 60 Pf. Das vorliegende Heft 82 hat folgenden Inhalt: Die deutsche Revolution von Dr. Georg Grabnauer. Die Unabhängigen und die neue Lage: August Winnig. Bolschewismus: Alwin Känger (München). Die Gewerkschaft der Geistlichen: Georg Vener. Kunst und Volk: Otto Thomas (München). Willy Müschel tot! Konrad Gänisch.

Der Vorwärts-Kalender 1919 ist schon erschienen. Der Inhalt dieses sozialdemokratischen Abreißkalenders weist die gewohnte Vielfältigkeit auf. Ernst Brezang schöpft abermals aus der reichen Fundgrube der Arbeiterbewegung, und was seine glückliche Hand an bedeutungsvollen Ansprüchen, statistischen Angaben über die Arbeiterorganisationen, wirtschaftlichen und politischen Daten, an Gedichten, Sprüchen und dergleichen der Vergessenheit entreißt, ist wohl wert, von jedem Arbeiter gelesen und beachtet zu werden. Mühte auch das gewohnte symbolische Bild der Mückwand der Not der Zeit zum Opfer fallen, so ist doch die äußere Ausstattung eine solche, daß der Kalender jeder Arbeiterwohnung zur Zierde gereicht. Die Größe des Abreißblocks sowohl als auch der Tagesziffern ist unverändert, die Gestaltung der Blätter einwandfrei. Zu beziehen ist der Kalender für M. 2,50 durch jede Parteibuchhandlung oder direkt von der Vorwärts-Buchdruckerei, Berlin SW 68, Lindenstr. 8. Interessenten wollen den Kalender recht bald bestellen, da die Auflage auch in diesem Jahre vorzeitig vergriffen sein dürfte.

Deutscher Bauarbeiterverband. Jahrbuch 1917. Herausgegeben und Verlag vom Vorstände des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Hamburg.

Protokoll über die Verhandlungen des zweiten ordentlichen Verbandstages des Deutschen Bauarbeiterverbandes, abgehalten zu Nürnberg vom 11. bis 16. März 1918. Verlag von Fritz Paepflow, Hamburg.

Kalender für Bergarbeiter 1919. Herausgegeben vom Vorstände des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Bochum.

Sterbetafel.

Leipzig. Am 29. Oktober starb unser langjähriges treues Mitglied Max Schmidt im Alter von 45 Jahren.

Witzburg. Am 24. September starb der Kollege Peter Page im Alter von 27 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Vereinsteil.

Bericht der Hauptkasse vom 4. bis 16. November.

Eingekandt haben: Bremen M. 500, Brandenburg 60, Augsburg 100, Hamm 13,50, Cottbus 46,20, Hamburg 521.

Wertzeichen wurden versandt: (B = Beitragsmarken, E = Eintrittsmarken, D = Duplikatmarken): Augsburg 200 B à 95 Pf., 100 à 115, 200 à 135, 100 à 50, 20 E à 50. Flensburg 100 B à 140. Marburg 100 B à 10. Neumünster 200 B à 140. Regensburg 400 B à 140. Samburg 400 B à 60, 50 E à 50. Braunschweig 200 B à 90, 200 à 110, 400 à 130. Bremerhaven 400 B à 110, 800 à 150. Cassel 800 B à 100, 100 à 10. Posen 100 B à 100. Hofstad 1200 B à 100. Altenburg 200 B à 90, 100 à 120. Bremen 200 B à 10. Grünberg 200 B à 90. Plauen i. V. 800 B à 100, 400 à 120, 400 à 140. Stuttgart 2000 B à 100, 1200 à 140, 20 D à 50. Weimar 200 B à 90. Weidau 400 B à 90, 100 à 110, 200 à 60, 10 E à 100, 10 E à 50. Wiesbaden 4000 B à 100, 2000 à 140, 400 à 10. Wilhelmshaven 800 B à 105, 800 à 145, 200 Extra à 25. Schweinfurt 100 B à 90, 100 à 130. Hoyerwerda 400 B à 90. Leipzig 1200 B à 95, 1200 à 115, 1200 à 135. Berlin 8000 B à 100, 2000 à 50, 100 E à 100. Stettin 400 B à 100. Wilhelmshaven 100 E à 100. Bremen 8000 B à 100, 1200 à 120, 4000 à 140, 100 E à 100. Bremerhaven 50 E à 100. Cassel 800 B à 100, 400 à 140, 50 E à 100. Emden 100 E à 100. Frankfurt a. d. O. 200 B à 90, 100 à 110. Grünberg 20 E à 100. Kiel 2000 B à 100, 2000 à 140, 100 à 10, 100 E à 100. Saarbrücken 100 B à 100, 200 à 120. Dessau 20 E à 100. Mainz 800 B à 100.

Die Woche vom 24. bis 30. November ist die 48. Beitragswoche.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 45 des „Correspondenzblattes“ bei.